NIEDERSCHRIFT Rat/0022/2017

über die Sitzung des **Rates der Stadt Billerbeck** am 30.05.2017 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Dieter Brall
Herr Winfried Heymanns
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Hans-Günther Wilkens
Herr Frank Wieland
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlt:

Herr Dr. Rolf Sommer

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.
Dann bittet Frau Dirks um Entschuldigung, dass der Sitzungssaal in der letzten Woche zur HFA-Sitzung wegen der Pflasterarbeiten vor dem Rathaus nicht barrierefrei erreichbar war. Eine andere Regelung sei leider kurzfristig nicht möglich gewesen.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gibt nichts zu berichten.

2. Entwurf des Jahresabschlusses 2016 der Stadt Billerbeck

Frau Lammers bittet diejenigen Ratsmitglieder, die den Entwurf des Jahresabschlusses nicht mehr in Papierform, sondern digital als PDF erhalten wollen, sich in die Liste einzutragen, die sie gleich herumgehen lasse. In der gleichen Form werde dann auch der Prüfbericht zur Rechnungsprüfungsausschusssitzung am 27.06.2017 zur Verfügung gestellt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Der Entwurf des Jahresabschlusses 2016 einschließlich Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet, sobald der Entwurf von der Kämmerin aufgestellt und durch die Bürgermeisterin bestätigt wurde. Den Ratsmitgliedern wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2016 zugleich auf dem Postweg zugeleitet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Modernisierung, Umbau und Erweiterung der städtischen Aula für eine multifunktionale Nutzung als Stadt-Aula/Bürgerhalle
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Herr Tauber merkt an, dass er es begrüßen würde, wenn künftig Dringlichkeitsentscheidungen mit einem Datum versehen würden. Des Weiteren sollte bei den Größenordnungen die Unterschrift eines weiteren Ratsmitgliedes einer weiteren Partei eingeholt werden.

Weiter führt Herr Tauber an, dass lt. Sitzungsvorlage die Überschreitung des Ansatzes um 225.000,-- durch Minderaufwendungen im gleichen Produkt ausgeglichen werden soll. Er wolle wissen, um welche Minderaufwendungen es sich handele, da er sich über einen Puffer in der Größenordnung wundere.

Frau Lammers erläutert, dass der Eigenanteil der Stadt nur 10% betrage. Grundsätzlich werde aber aus haushaltstechnischer Sicht im Aufwandsbereich ein Ansatz zu 100% benötigt, 90% werden als Ertrag dargestellt.

Im Aufwand und im Auszahlungsbereich stelle die Ansatzüberschreitung kein Problem dar, weil, wie in der Schulausschusssitzung und in der HFA Sitzung Anfang des Jahres erläutert, zur Haushaltsaufstellung noch nicht feststand, welche Maßnahmen aus dem Programm „Gute Schule“ von rund 460 T€ im Jahr 2017 auch tatsächlich ausgeführt werden. Das Programm „Gute Schule 2020“ sehe jedoch vor, dass die einzelnen Maßnahmen im Haushalt abgebildet werden sollen. Jährlich stehen der Stadt aus diesem Programm nur rd. 116 T€ zu. Die anderen Maßnahmen verschöben sich in die nächsten Jahre.

Herr Schlieker äußert, dass er die Ausführungen in der Sitzungsvorlage für den Schul- und Sportausschuss am 31.01.2017 so interpretiert habe, dass für die Investitionen in die Aula der Gemeinschaftsschule keinerlei Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“, aber auch keine Mittel aus der Schulpauschale verwendet werden. Der Sitzungsvorlage für die heutige Sitzung entnehme er, dass aber sehr wohl die Schulpauschale zur Finanzierung des 10%-igen Eigenanteils herangezogen werden soll.

Frau Lammers verweist auf den Ratsbeschluss, wonach die Finanzierung von Investitionen ausschließlich aus Pauschalen erfolgen soll.

Auf Nachfrage von Herrn Wieland, ob es schon nähere Informationen bzgl. der Förderung gebe, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Bezirksregierung morgen dem Ministerium berichten müsse. Näheres sei ihm noch nicht bekannt.

Frau Köhler pflichtet Herrn Schlieker bei, dass im Schulausschuss nicht explizit gesagt worden sei, dass der Eigenanteil der Stadt durch die Schulpauschale gedeckt werden soll.
Die Mitglieder der SPD-Fraktion seien aber froh, wenn die Stadt einen multifunktional nutzbaren und modernen Veranstaltungssaal bekomme, falls Mittel bereitgestellt werden, zumal seitens der SPD-Fraktion bereits vor langer Zeit der Bau einer Stadthalle beantragt wurde. Besonders freuten sie sich, dass diese Halle dann allen Menschen in Billerbeck zur Verfügung stünde. Das sei ein weiterer Baustein in Richtung Barrierefreiheit. Hiermit könne man auch touristisch punkten.

Herr Wieland weist jetzt schon darauf hin, dass bei einer multifunktionalen Nutzung der Aula auch die dortige Parksituation geändert werden müsse.

Frau Dirks merkt hierzu an, dass die Verwaltung ja zur Überplanung der Straße „An der Kolvenburg“ beauftragt worden sei und außerdem Flächen u. a. hinter dem Hauptschulgebäude zur Verfügung stünden. Zunächst sollten aber die Daumen gedrückt werden, damit der Förderantrag auch bewilligt werde.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass es für die CDU-Fraktion wichtig sei, dass für den Umbau der Aula ein besonderer Fördertopf aufgetan wurde und nicht die schulischen Fördertöpfe in Anspruch genommen werden müssen. Darüber hinaus sei es sinnvoll, wenn die größeren Veranstaltungen, für die der Kultursaal in der Lawi zu klein sei, in der Aula stattfinden könnten.

Frau Dirks betont, dass eine multifunktional nutzbare Aula für die Stadt ein großer Gewinn wäre und man hoffen sollte, zum Zuge zu kommen.

Beschluss:
Die Dringlichkeitsentscheidung vom 27.04.2017 wird genehmigt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Bebauungsplan "Wohnen am Freibad"
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Beschluss zur erneuten Offenlage

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Der Planentwurf wird, wie im Sachverhalt beschrieben, bzgl. der Baubeschränkung aufgrund von Geruchsimmissionen ergänzt.
2. Den Anregungen der Telekom Deutschland GmbH wird im Rahmen der Erschließungsplanung gefolgt, die Hinweise zur Kenntnis genommen.
3. Die Hinweise der Thyssengas GmbH werden im Rahmen der weiteren Erschließungsplanung berücksichtigt.
4. Den Anregungen von Straßen NRW wird, wie im Sachverhalt beschrieben, teilweise gefolgt, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
5. Die Empfehlungen und Hinweise des Fachdienstes Grundwasser und der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld sowie der Bundeswehr werden zur Kenntnis genommen.
6. Der Entwurf des Bebauungsplanes wird für die erneute Offenlage nach § 4a Abs. 3 BauGB (Baugesetzbuch) gebilligt. Dabei wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die Dauer der Auslegung wird auf zwei Wochen verkürzt. Parallel wird den berührten Behörden und Trägern öffentlicher Belange erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geänderten Teilen gegeben.
7. Die Beschlüsse werden ortsüblich bekannt gemacht.

Stimmabgabe: einstimmig

5. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungs-

beschluss

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 7. Änderung des Bebauungsplan „Industriegebiet Hamern“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 7. Änderung des Bebauungsplanes “Industriegebiet Hamern“ als Satzung. Dieser besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

6. Wiederbesetzung bzw. Umbesetzung von Ausschüssen

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Den Umbesetzungen wird wie von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 04.05.2017 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 26.04.2017 beantragt, zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Anregung gem. § 24 GO NW vom 18.03.2017 hier: Ausbau des Ziegeleiweges als Fahrradstraße

Herr Erich Frieling erläutert und begründet als Vertreter der Nachbarschaft Bockelsdorf den Antrag auf Ausbau des Ziegeleiweges zu einer Fahrradstraße.

Herr Walbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Ausbau des Ziegeleiweges zur Fahrradstraße negative Auswirkungen auf das schwebende Verfahren mit der Bahn bzgl. der gesperrten Bahnbrücke haben könnte.

Frau Dirks teilt auf Nachfrage von Herrn Wieland zur Sperrung der Brücke mit, dass der Anwalt der Stadt das Eisenbahnbundesamt in Verzug gesetzt habe und in der nächsten Sitzung besprochen werden müsse, ob Klage eingereicht werden soll, wenn sich bis dahin nichts tue.

Herr Tauber führt an, dass sich aus dem Antrag noch etliche Fragen ergeben, die geprüft werden müssen. Da sich das Verfahren um die gesperrte Brücke voraussichtlich über Jahre hinziehen werde, müsste auch im Sinne einer bürgerfreundlichen Lösung eine Vorwegnahme der Leistung erfolgen, die hinterher in Abhängigkeit eines Rechtsstreits abgerechnet wird.

Frau Dirks weist darauf hin, dass dies mit dem Anwalt der Stadt besprochen werden müsse, der aber derzeit hiervon abrate. Sie gibt weiter zu bedenken, dass die Anlieger auch eine Verlangsamung des Verkehrs wünschen. Wenn die Brücke wieder passierbar sei, müsste darauf geachtet werden, dass die Straße nicht wieder als heimliche Umgehungsstraße genutzt wird und dass es sich um einen Wirtschaftsweg handele. All dies müsse mit dem Anwalt besprochen werden, um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Herr Flüchter weist darauf hin, dass die Verbindungsfunktion doch eine maßgebliche Voraussetzung für eine Fahrradstraße sei und die sehe er in diesem Fall nicht. Wenn eine Fahrradstraße nicht umgesetzt werden könne, sollte auf dem Ziegeleiweg eine Geschwindigkeitsbegrenzung festgesetzt werden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Die Anregung gem. § 24 GO NW vom 18.03.2017 wird an den Bezirksausschuss und den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.04.2017
hier: Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte in NRW - AGFS und Entwicklung eines Konzeptes zur Optimierung der Radverkehrsinfrastruktur
Frau Rawe erläutert und begründet den Fraktionsantrag.

Beschluss:
Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.04.2017 wird an den Bezirksausschuss und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

9. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10.05.2017
hier: Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für Motorrad- und Radfahrergruppen

Herr Schlieker begründet und erläutert den Fraktionsantrag.

Beschluss:
Der Fraktionsantrag vom 10.05.2017 wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Anregung gem. § 24 GO NW vom 10.05.2017
hier: Errichtung von Kurzzeitparkplätzen neben dem ehemaligen K & K bzw. vor der Apotheke

Herr Sawatzky erläutert die Bürgeranregung.

Frau Dirks schlägt eine Verweisung der Anregung in den Fachausschuss vor, auch wenn man darauf verweisen könne, dass die Ausführungsplanung nach ausführlichen Diskussionen mit den Anliegern und Bürgern beschlossen wurde. Ebenfalls habe sie bereits auf die fördertechnischen und verkehrstechnischen Folgen hingewiesen, wenn dort Kurzzeitparkplätze ausgewiesen würden. .

Herr Walbaum verweist auf die Zusage der Stadt, dass die Behindertenparkplätze, die es vor dem Umbau gab, auch nach dem Umbau wieder zur Verfügung stünden.

Frau Dirks versichert, dass die Behinderten-Parkplätze so wie in der Planung ausgewiesen auch angelegt werden. Andererseits könne es nicht sein, dass vor dem Umbau der Fußgängerzone eine breit angelegte Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, die Einwände abgewogen werden und hinterher die Planung aufgrund von Bürgeranregungen wieder geändert wird.

Beschluss:
Die Anregung gem. § 24 GO NW vom 10.05.2017 wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

11. Mitteilungen

11.1. Abgebrochener Ast am Hahnenkamp - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu dem Hinweis von Frau Mollenhauer in der Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur am 05.07.2016 mit, dass der abgebrochene Ast am Hahnenkamp beseitigt wurde.

11.2. Probleme mit der Telekom - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu dem Hinweis von Herrn Geuking auf Probleme mit der Telekom bzgl. des schnellen Internets in der HFA-Sitzung vom 06.12.2016 mit, dass lt. Telekom kein größerer Fehler/Schaden festzustellen war.

11.3. Ausbau der Bahnstrecke - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer führt aus, dass Herr Ahlers und Herr Walbaum angefragt hätten bzgl. des Ausbaus der Bahnstrecke und etwaiger Sperrungen mit Schienenersatzverkehr. Verwaltungsseitig sei die Bahn schon auf das Problem und die Koordinierung mit den in Billerbeck vorgesehenen Maßnahmen angesprochen worden. Die Angelegenheit werde in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 20.06.2017 thematisiert, dann werde ein Vertreter der Bahn die Bahnsteigplanung an Billerbeck's Bahnhof vorstellen.

12. Anfragen

12.1. Baustelle in der Innenstadt über Pfingsten - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer führt aus, dass einige Geschäftsleute ihr mitgeteilt hätten, dass die Baustelle vor dem Rathaus auch über Pfingsten noch bestehe und die Arbeiten erst in der Woche nach Pfingsten fertiggestellt sein werden. Sie fragt nach, ob das nicht anders möglich sei oder der Verkehr zumindest einseitig zugelassen werden könne, weil über Pfingsten auch viele Touristen in Billerbeck weilten.

Frau Dirks berichtet, dass über das lange Wochenende mit dem Feiertag Christi Himmelfahrt ein Provisorium getestet wurde. Danach habe es viele Beschwerden hauptsächlich von Familien gegeben, die sich gefährdet gefühlt hätten. Sie könne es nicht verantworten, den Verkehr nochmals im Bereich der Baustelle freizugeben, gerade auch deshalb, weil an guten Tagen viele Menschen unterwegs seien.
Es sei auch nicht möglich, die Arbeiten bis Pfingsten fertigzustellen, sie bitte um Geduld.

12.2. Nutzung des multifunktionalen Schulhofes an der Johannisschule - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer berichtet, dass ihr zugetragen wurde, dass die bei Zelt-

festen zu verlegenden Kabel quer über den Platz gezogen werden müssten und zu Behinderungen führten, weil sich der Kabelkasten auf der falschen Seite des Grundstückes befinde.

Herr Wieland teilt hierzu mit, dass es seit dem letzten Fest Überquerungshilfen gebe und damit die Übergänge problemlos seien.

12.3. Lampe im Bereich der Zufahrt von der K 13 zum Wohngebiet Oberlau I - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erinnert daran, dass eine Lampe im Bereich der Zufahrt von der K 13 ins Wohngebiet Oberlau installiert werden sollte.
Herr Mollenhauer bittet um Verständnis, dass er diesbezüglich bislang noch nichts in die Wege leiten konnte.

12.4. Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich Thumanns Mühle - Herr Schlieker

Herr Schlieker stellt voran, dass er froh sei über die nun festgesetzte Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h vor Thumanns Mühle. Dadurch habe sich aber ergeben, dass vor Altenborg, wo vorher eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h galt, nun 70 km/h gelte. Das sei für die Familie Altenborg ein Problem.
Des Weiteren dürfe auf der Kreisstraße von Havixbeck in Richtung Thumann zunächst 100 km/h gefahren werden, bis im Bereich der Reithalle die Geschwindigkeit auf 70 km/h reduziert werde. Also müsse der Verkehr, der von der K 38 auf die L 506 treffe, die Geschwindigkeit von 100 km/h bzw. 70 km/h auf 30 km/h drosseln. Hierüber sollte noch einmal nachgedacht werden.
Frau Dirks sagt zu, den Hinweis an den Straßenbaulastträger weiterzugeben.

12.5. Stolperfalle an der Berkelbrücke Wiesenstraße - Frau Bosse

Frau Bosse weist darauf hin, dass an der Berkelbrücke Wiesenstraße (neue Zuwegung zum kleinen Café) eines der Bretter ziemlich hoch stehe und diese Kante eine Stolperstelle sei.
Der Hinweis werde aufgegriffen, so Frau Dirks.

12.6. Probleme mit der Telekom - Herr Geuking

Herr Geuking bezieht sich auf die o. a. Beantwortung seiner Anfrage aus Dezember 2016 bzgl. der Probleme mit der Telekom. Verbesserungen seien bislang nicht eingetreten. Ihm seien Fälle bekannt, wonach seit dem Vectoring-Ausbau der Telekom sogar Leitungen zusammenbrechen würden. Er frage nach, ob die Stadt irgendwelche Rechtsgeschäfte mit

der Telekom abgeschlossen habe oder Förderungen gewähre. Mittlerweile kündige die Telekom sogar Firmenanschlüsse.

Die Stadt stehe in keiner Geschäftsverbindung mit der Telekom und gewähre auch keine Förderung, so Frau Dirks. Eine Handhabe gegen die Telekom habe sie nicht.

12.7. Bürgerversammlungen - Herr Walbaum

Herr Walbaum hält eine stärkere Beteiligung bei den Bürgerbeteiligungen für wünschenswert und regt an, diese offensiver zu bewerben, z. B. auf der homepage der Stadt Billerbeck. Darüber hinaus könnte den Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern als zusätzlicher Service eine entsprechende Information zugeleitet werden. Nicht alle Bürger hätte eine Zeitung abonniert.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis aufzugreifen.

12.8. Behindertentoilette hinter dem Rathaus - Herr Walbaum

Herr Walbaum regt an, die öffentliche Behindertentoilette hinter dem Rathaus mit einer elektrischen Außentür zu versehen und hierfür Angebote einzuholen. Behinderte mit einem Elektrorollstuhl bekämen die jetzige Tür nicht geöffnet.
Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

12.9. Ungepflegter Zustand der Bahnsteige am Bahnhof - Frau Schulze Wierling

Frau Schulze Wierling erkundigt sich, wer für die Pflege der Bahnsteige zuständig sei.
Frau Dirks vereist auf die Bahn. Bereits vor einiger Zeit sei versucht worden, die Bahn zum Übertragen der Pflege auf den IBP zu bewegen. Das sei lt. Bahn nicht möglich.

12.10. Sanierung der Bahnsteige - Herr Flüchter

Herr Flüchter fragt nach, ob die Sanierung der Bahnsteige wie angekündigt auch tatsächlich 2018 stattfinde.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Arbeiten wie geplant ab Herbst 2018 bis Frühling/Mai 2019 stattfinden sollen.

12.11. Kartenverkauf am Bahnhof - Herr Flüchter

Herr Flüchter bezeichnet es als unsäglichen Zustand, dass am Bahnhof keine Bahntickets gekauft werden können.

Frau Dirks erläutert, dass die Bahn die Strecke betreibe, aber für alle anderen Angelegenheiten der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr zuständig sei. Der Zweckverband plane, am Bahnhof einen Fahrkartenautomaten aufzustellen, damit dort zumindest Karten für Fahrten nach Coesfeld und Münster gekauft werden können.

13. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Marion Dirks Bürgermeisterin	Bernd Kösters 1. stellv. Bürgermeister	Birgit Freickmann Schriftführerin